



DIE BILDUNGSPOLITIK

DER FDP-FRAKTION
IM THÜRINGER LANDTAG

**BILDUNG: FREIHEIT
UND VERANTWORTUNG**

THÜRINGEN *gerecht*



Weitere Informationen
www.thl-fdp.de



Libérale Bildungspolitik für Thüringen



Bildung nimmt in der politischen Arbeit der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag einen besonderen Platz ein. Schließlich vermittelt Bildung die Fähigkeiten und Kenntnisse, die für das soziale Zusammenleben und das Leben jedes Einzelnen grundlegend sind. Lässt sich über die Wichtigkeit des Themas recht schnell Einigkeit herstellen, so ist das bei den Fragen, wie Bildung organisiert wird und welche Werte und Inhalte unbedingt zum „Kanon“ gehören, längst nicht so eindeutig. Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Stiftungen und natürlich auch die Bürger haben da ihre eigenen, mal mehr, mal weniger divergierenden Auffassungen. Über die „richtige“ Bildungspolitik wird deshalb viel diskutiert. Es ist ein Politikfeld, das stets reich an Überzeugungen und relativ arm an zugrunde liegenden, belastbaren wissenschaftlichen Erkenntnissen ist. Wir Liberale lassen uns deshalb von dem pragmatischen Grundsatz leiten: Was sich bewährt hat, sollte erhalten werden, bis die Tauglichkeit von Neuerungen bewiesen und nicht nur behauptet wurde.

Mit diesem Papier wollen wir darlegen, wie wir als Liberale uns das thüringische Bildungssystem in näherer Zukunft vorstellen. Folgerichtig hat auch viel Bewährtes seinen Platz. Ausruhen sollten wir uns freilich nicht. Verbesserungen sind fast überall möglich und nötig. Manchmal muss dafür lediglich ein wenig an den sogenannten „Stellschrauben“ gedreht werden, aber manchmal müssen sich ganze Einstellungsmuster ändern, um zu den Erfolgen zu kommen, die wir uns alle wünschen. Seit es Menschen gibt, werden Erfahrungen und Lehren in der Familie und im persönlichen Umfeld weitergegeben – das ist Bildung in der ursprünglichen Form. Daran hat sich bis heute auch nichts geändert. In einer freiheitlichen Gesellschaft ist der Einfluss des Staates auch in der Bildungspolitik keineswegs unbegrenzt. Eine mo-

derne Gesellschaft ist wegen ihrer Komplexität und der Vielfalt des vorhandenen Wissens darüber hinaus auf die Leistungen von Institutionen angewiesen, deren Zweck die Vermittlung von Bildung ist. Bildungspolitik hat großen Einfluss, unbegrenzt ist dieser aber keineswegs.

Bildungseinrichtungen sind für uns Liberale zuallererst Lehranstalten. Ein erfolgreiches Bildungssystem zeichnet sich dadurch aus, dass es Interessen und Talente zur Entfaltung bringt. Staatlich organisierte Bildung soll allen die gleichen Chancen dafür geben. Es wäre falsch verstanden, wenn die Aufgabe die Herstellung von Gleichheit am Ziel wäre.

**„Was nicht alle sind, darf keiner sein;
was nicht alle haben, darf keiner haben;
was nicht alle können, darf keiner können.
Die Gefahr, die dahinter droht, ist das Erlahmen von
Eigeninitiative und Eigenverantwortung.“**

So fasst Josef Kraus, der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, diese falsche, aber leider verbreitete Einstellung zusammen. Wir setzen deshalb auch weiterhin auf ein Bildungssystem, das auf Leistung und Eigenverantwortung aufbaut. Dies sind nicht zufällig auch die Werte, die es Staat und Gesellschaft ermöglichen, sich um diejenigen zu kümmern, die besonderer Hilfe bedürfen. Begabungen sind naturgemäß unterschiedlich verteilt, anstrengen kann sich aber jeder! Ein Bildungssystem, das Begabung und Anstrengung außer Acht lässt, kann auf Dauer nicht funktionieren. Deshalb wollen wir eine leistungsorientierte Schule, die nicht nur fördert, sondern auch fordert.

Uwe Barth

*Vorsitzender der FDP-Fraktion
im Thüringer Landtag*

Franka Hitzing

*Bildungspolitische Sprecherin
der FDP-Fraktion im Thüringer
Landtag*

Präambel

Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag setzt sich für ein gerechtes, leistungsfähiges und innovatives Erziehungs- und Bildungssystem im Freistaat ein. Der Prozess des Lernens, Verstehens und Anwendens muss von den Menschen selbst über alle Lebensphasen gestaltet werden. Er endet weder mit dem Erreichen eines Schulabschlusses noch mit dem Erreichen eines bestimmten Lebensalters.

Ein solches Bildungssystem setzt bei der frühkindlichen Bildung an und ermöglicht das lebenslange Lernen. Auf allen Ebenen müssen den individuellen Interessen und Fähigkeiten entsprechende Angebote zur Wahl stehen. Das Land hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für eine vielfältige Trägerlandschaft zu schaffen.

Ein gerechtes Bildungssystem muss unabhängig vom sozialen Status der einzelnen Person und frei von Diskriminierungen die Fähigkeit vermitteln, das eigene Leben aktiv zu gestalten und Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen. Es legt damit das solide Fundament unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Gute Bildung ist der Schlüssel für individuellen Erfolg im Leben. Ein gerechtes Bildungssystem ist deshalb zugleich Herzstück der sozialen Marktwirtschaft, in der die Leistungsträger die Mittel für den solidarischen Ausgleich erwirtschaften. Wir stehen deshalb für eine Bildungspolitik, die auf Chancengerechtigkeit und die Schaffung gleicher Startbedingungen setzt. Ein leistungsfähiges und leistungsorientiertes System der frühkindlichen, schulischen, beruflichen und akademischen Bildung eröffnet zukünftigen Generationen die besten Erfolgsaussichten für ein selbstbestimmtes Leben und nachhaltiges Wachstum.

Dies schließt faire Chancen auf den Erwerb leistungsgerechter Bildungszertifikate ebenso ein wie auf eine langfristig planbare und an den individuellen Bedürfnissen orientierte Bildungskarriere. Der individuelle Bildungserfolg junger Menschen darf nicht zum Spielball reformeifriger Landesminister werden. Das System gerechter Bildungsangebote über alle Lebensphasen darf nicht ideologisch motiviertem politischem Handeln ausgesetzt werden. Die nunmehr auch in Thüringen seit über zwei Jahrzehnten gewachsenen Strukturen des Bildungssystems dürfen nicht mit einem Federstrich auf dem Schreibtisch des Ministers einfach zerstört werden. Viele kleine und behutsame Veränderungen in der täglichen Arbeit in den Bildungsinstitutionen sind weniger spektakulär und mitunter anstrengender. Angesichts sich stetig ändernder Lebensverhältnisse ist dieser Weg aber auch deutlich Erfolg versprechender. Dafür steht die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag.

Wir setzen uns deshalb für den Erhalt des in der Verfassung verankerten gegliederten Schulsystems mit Grund- und Regelschulen und Gymnasien ein. Alternative Schulformen sind möglich und sind wie die Schulen in freier Trägerschaft notwendige, selbstverständliche Bestandteile unseres Schulsystems. Dieses bietet für alle Schüler die jeweils passende Schule, entsprechend den individuellen Neigungen und Begabungen. Keine Schulform des gegliederten Schulsystems endet dabei in einer Sackgasse. Die Schulformwahl nach der Grundschule ist deshalb wichtig, stellt aber keineswegs eine frühzeitige oder gar endgültige Entscheidung für oder gegen ein späteres Hochschulstudium des Kindes dar.

Die Regelschule mit ihren auf den Haupt- bzw. Real-schulabschluss ausgerichteten Bildungsgängen bildet

das Rückgrat des thüringischen Schulsystems. Sie bereitet auf die Berufsausbildung im dualen System vor und ermöglicht über die Schulen der beruflichen Bildung oder den Wechsel an die gymnasiale Oberstufe auch den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung.

Das Gymnasium bereitet auf das Studium an einer Hochschule vor. Die Studierfähigkeit am Ende der Schulzeit steht deshalb von Beginn an im Vordergrund. Das Gymnasium vermittelt dafür eine vertiefte Allgemeinbildung und lehrt das selbstständige Lernen. Die Unterrichtsinhalte sind häufig abstrakt und intellektuell anspruchsvoll.

Eine besondere Herausforderung stellt für alle Einrichtungen die Integration und Inklusion von Menschen mit Behinderung in das Bildungssystem dar. Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen gibt uns den Auftrag, für eine echte Wahlfreiheit zwischen inklusiven Angeboten und speziellen Angeboten für Behinderte zu sorgen. Wir setzen deshalb sowohl auf die Schaffung von entsprechenden baulichen und personellen Voraussetzungen für eine inklusive Beschulung als auch auf den Erhalt der Förderzentren.

I. Frühkindliche Bildung

Die Grundlagen gerechter Bildungschancen werden im frühkindlichen Alter gelegt. Neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge sind Bemühungen, bestehende Defizite zu beheben, dann besonders Erfolgsversprechend.

Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag steht für eine frühkindliche Bildung, bei der Neigungen und Fähigkeiten möglichst frühzeitig erkannt und gefördert werden. Kinder sind kein leeres Gefäß, das nur mit Bildung gefüllt werden muss. Die individuellen Entwicklungsgeschwindigkeiten können höchst unterschiedlich ausgeprägt sein.

Die Bildungsangebote müssen allen Kindern, unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, offenstehen. Es muss der Anspruch bestehen, gerade für lernschwächere Kinder optimale Startchancen in den Bildungsalltag zu gewährleisten. Spielen und Toben haben in der frühkindlichen Bildung einen besonderen Stellenwert. Für solche natürliche Lernprozesse des Ausprobierens und des körperlichen Erfahrens muss immer genügend Platz und Anreiz vorhanden sein.

Die Verwirklichung der Bildungsgerechtigkeit ist eine Aufgabe des Landes. Der Erziehungsauftrag obliegt den Eltern des Kindes und wird durch erziehungsbegleitende, staatlich wie zivilgesellschaftlich organisierte und öffentlich finanzierte Betreuungsangebote ergänzt. Über die Art und den Umfang der Inanspruchnahme müssen die Eltern selbstständig entscheiden. Langfristig muss es das Ziel sein, für alle Kinder flächendeckende und qualitativ hochwertige Betreuungsangebote bereitzustellen.

Elemente frühkindlicher Bildung müssen Teil der täglichen Arbeit in den Einrichtungen sein. Die Qualität der Bildungsangebote muss regelmäßig durch Anpassung an die aktuellen Standards der wissenschaftlichen Forschung sichergestellt werden. Um den steigenden fachlichen Anforderungen an das erziehende Personal

auch zukünftig gerecht zu werden, ist nach Auffassung der FDP-Fraktion eine Erzieherausbildung auf hohem, spezialisiertem Niveau unumgänglich. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Bereitstellung regelmäßiger, obligatorischer Weiterbildungsangebote. Dem Land kommt die Aufgabe zu, darüber hinaus im Rahmen von Zielvereinbarungen und der Hochschulentwicklungsplanung auf die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Studienplätzen an den staatlichen Hochschulen hinzuwirken oder die Schaffung solcher Bildungsangebote an den privaten Hochschulen des Landes zu fördern. Zur Sicherstellung der Praxisnähe der akademischen Erzieherausbildung und zur Feststellung der Eignung der Studierenden für den Erzieherberuf sollen während des Studiums prüfungsrelevante Praktika in Krippen, Kindertagesstätten und Horten stattfinden.

Das Land muss die Kommunen so ausstatten, dass die Träger den Erzieherinnen und Erziehern attraktive Arbeitsbedingungen in den Kindertageseinrichtungen bieten können. Der Erzieherberuf muss sich im Wettbewerb um die besten Köpfe behaupten können, um die Bewerber zu exzellenten Bildungsbegleitern unserer Kinder auszubilden.

Die Entscheidung darüber, ob ein Kind tagsüber zu Hause, in der Tagespflege oder in einer Kindertagesstätte betreut wird, liegt allein bei den Eltern bzw. Erziehungsberechtigten. Der Staat soll auch nicht durch ideologisch geprägte Fehlanreize wie dem sogenannten Erziehungsgeld in die Erziehungsverantwortung der Eltern eingreifen. Freiwillige Bildungsangebote für Eltern zur Vermittlung elementarer Grundkenntnisse der Pädagogik, Kinderpsychologie und Ernährungswissenschaften tragen zu einer echten Wahlfreiheit bei.

Die Kindertagespflege nach §22 SGB VIII ist eine der Betreuung in einer Kindertagesstätte gleichwertige Betreuungsform. Tagespflegemütter und -väter müssen für ihre Aufgaben verpflichtend und hochwertig qualifiziert sein. Sie bedürfen einer regelmäßig zu erneuernden Genehmigung des Jugendamtes und bilden sich regelmäßig weiter. Die öffentliche Förderung soll sich an der eines Platzes in einer Kindertagesstätte orientieren.

Wir wollen die Anwendung innovativer pädagogischer Konzepte in der Kindertagesbetreuung ermöglichen. Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe müssen sicherstellen, dass den freien Trägern eine den Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft vergleichbare und auskömmliche Finanzierung zur Verfügung steht. Das Land muss über die Schlüsselzuweisungen und die Landespauschale dazu die finanziellen Rahmenbedingungen schaffen. Dies rundet ein ganzheitliches und vielfältiges System der frühkindlichen Angebote durch die gleichberechtigte Betreuung der Kindertageseinrichtungen in staatlicher und freier Trägerschaft und Tagespflegeeinrichtungen ab.

Eltern erfüllen für ihre Kinder eine wichtige Vorbildfunktion und vermitteln durch geregelte Tagesabläufe, die Übernahme von Verantwortung im Beruf oder im Ehrenamt und die Sicherung des Familieneinkommens bereits im frühkindlichen Alter wichtige Werte. Die Teilnahme am Berufsleben muss allen Eltern ermöglicht werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss durch die Flexibilisierung der Formen der Kinderbetreuung erhöht werden. Starre Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen werden den modernen Ansprüchen an berufstätige Eltern nicht gerecht. Eine Erweiterung der Öffnungszeiten ist anzustreben. Schließzeiten von

II. Schulische Bildung

Kinderbetreuungseinrichtungen sind an Werktagen grundsätzlich abzulehnen. Sie verhindern, dass Eltern den an sie gestellten Anforderungen im Berufsleben gerecht werden können, und benachteiligen sie massiv bei der Wahrnehmung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Für Schicht arbeitende Alleinerziehende müssen bedarfsgerechte Betreuungsangebote eingerichtet werden, die jedoch das individuelle Kindeswohl berücksichtigen müssen. Bildung und Erziehung sollen weiterhin im Vordergrund des Angebotes stehen. Die Schaffung von flexiblen Betreuungsangeboten ist eine Aufgabe, die die Kommune in gemeinsamer Verantwortung mit den Eltern, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteuren wahrnimmt. Nur so können bedarfsgerechte Lösungen vor Ort umgesetzt und Planungen über oder unter dem tatsächlichen Bedarf weitgehend vermieden werden.

Die Verwirklichung eines flächendeckenden, flexiblen, pädagogisch anspruchsvollen Kinderbetreuungsangebotes ist eine Kernaufgabe der Bildungspolitik. Sie nimmt maßgeblich Einfluss auf die Attraktivität Thüringens als Wirtschaftsstandort und Lebensmittelpunkt und bildet damit einen großen Standortvorteil für den Freistaat im Wettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen und den Zuzug der fähigsten Köpfe.



Schulen sind keine Experimentierbaukästen, in denen eine Landesregierung ideologisch geprägte und bereits mehrfach gescheiterte Reformprojekte nach Belieben erproben kann. Schulen sind in erster Linie eine Lehranstalt. Ihre Qualität bemisst sich daran, wie gut sie Bildung vermitteln und das Recht der Kinder und Jugendlichen auf freie Entfaltung ihrer Talente verwirklichen. Potenzial und Notwendigkeit für Verbesserungen in diesem Sinne besteht an unseren Schulen durchaus. Der beste Weg liegt nicht in einer großen Reform, sondern in vielen kleinen Maßnahmen in der täglichen Arbeit vor Ort. Die Lehrer kennen die Stärken und Schwächen im Lernprozess ihrer Schüler am besten, deshalb wollen wir den Schulen mehr Entscheidungsbefugnisse einräumen, die sie in eigener Verantwortung wahrnehmen sollen. Die eigenverantwortliche Schule soll dazu unter anderem auch mehr Einfluss auf die Auswahl des Lehrpersonals und erweiterte dienstrechtliche Befugnisse erhalten. Auf längere Sicht wollen wir die Übertragung der vollständigen Hoheit über ihr Personal ermöglichen.

Nicht jede Schule ist für jedes Kind die Richtige. Die schulische Bildung unserer Kinder und Jugendlichen findet in einem in Deutschland historisch gewachsenen und erfolgreichen, gegliederten Schulsystem statt. Dieses wird durch andere Schulformen, wie beispielsweise Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen, ergänzt. Der Regelfall der schulischen Bildung ist dabei die Ausbildung an den Grundschulen, den Regelschulen und den Gymnasien. Bei einem diagnostizierten sonderpädagogischen Förderbedarf müssen auf Wunsch der Eltern auch in Zukunft die Förderzentren des Landes und in freier Trägerschaft zur Verfügung stehen. Schulen in freier und kirchlicher Trägerschaft bereichern mit ihren Angeboten innerhalb des gegliederten Schulsystems

als auch mit alternativen Schulformen die Schullandschaft Thüringens. Sie nützen als Wettbewerber auch den staatlichen Schulen und müssen deshalb faire Ausgangsbedingungen erhalten.

Alle Landkreise und kreisfreien Städte in Thüringen müssen gewährleisten, dass das gegliederte Schulsystem das Mehrheitssystem ist und bieten bei Bedarf und nach Möglichkeit Ergänzungen durch andere Schulformen. Allein die Familien entscheiden darüber, welche Schulform und welche Schule ihr Kind besucht. Schulbezirke lehnt die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag ab.

Eine gerechte Schule ist eine Schule der Leistung. Leistung ist messbar, sie erlaubt den Vergleich individueller Lernfortschritte und muss Grundlage der vornehmlich angewandten pädagogischen Konzepte in den Schulen des Landes sein. Den Kindern und Jugendlichen und ihren Eltern geben regelmäßige schulische Leistungsfeststellungen eine Rückmeldung über den Schulerfolg. Gegebenenfalls müssen individuelle Maßnahmen zum Nachteilsausgleich oder zur Hochbegabtenförderung ergriffen werden. Pädagogische Konzepte, die den Leistungsgedanken vollständig aus der Schule verbannen, werden von der FDP-Fraktion abgelehnt. Die Abschaffung der Benotung zugunsten verbaler Leistungseinschätzungen und der Verzicht auf Versetzungsentscheidungen führt zu einem Verlust an individueller Leistungsbereitschaft, senkt nachhaltig das qualitative Ausbildungsniveau der Schulabsolventen und widerspricht damit den Grundprinzipien einer Bildungsinstitution. Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag steht daher für ein gerechtes System der Leistungsbewertung über Schulnoten. Mit ihm werden sowohl der objektive als auch der relative Entwicklungs- und Leistungsstand

der Schüler verständlich abgebildet und Förderbedarf sichtbar. Versetzungsentscheidungen orientieren sich an Qualitätskriterien und müssen wieder zum Ende jedes Schuljahres obligatorisch sein. Zugleich wollen wir jedem Schüler nach jedem Schuljahr das Recht zubilligen, zur Verbesserung seiner schulischen Leistungen ein Schuljahr freiwillig zu wiederholen. Modelle alternativer und Reformpädagogik auch ohne Schulnoten und Versetzungsentscheidungen sollen gleichwohl Schulen in freier Trägerschaft und Gemeinschaftsschulen offenstehen.

Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag erkennt im Leistungsgedanken die Grundlage des Funktionierens von Gesellschaft und Wirtschaft. Konkretes Wissen und Können muss erarbeitet, erlernt und aktiv angewendet werden. Der Leistungsgedanke entspricht unserem Anspruch, jedes Kind gezielt und individuell zu fördern. Unterschiedliche Bedarfe der Kinder werden so erkennbar gemacht, und diesen kann entsprochen werden. Eine Schule, in der jeder ohne Anstrengung scheinbar alles erreichen kann, in der es keine Noten und keine Versetzungsentscheidungen gibt, widerspricht diesem Grundprinzip. Sie führt nicht zu einer Egalisierung von Leistungsunterschieden, sondern verdeckt sie lediglich durch eine gleichmäßige, anspruchslose Verteilung von wertlosen Bildungszertifikaten.

Die FDP-Fraktion setzt sich daher für den Erhalt einer vielfältigen Schullandschaft ein, die auf dem Leistungsgedanken aufbaut. Unseren Kindern werden so Allgemeinwissen, Normen und Werte vermittelt, die für das gesellschaftliche Zusammenleben von herausgehobener Bedeutung sind. Durch die Vermittlung von Fachkenntnissen werden sie zudem auf eine Spezialisierung

in unserer hochgradig arbeitsteiligen Gesellschaft bestmöglich vorbereitet. Alle Bildungsangebote müssen begabungsgerecht ausgerichtet werden und dürfen nicht in unsinniger Gleichmacherei gipfeln. Nur so können unsere Schulabsolventen mit Initiative und Eigenverantwortung ihre individuellen Lebenschancen und -ziele optimal ausgestalten und verwirklichen.

Das gegliederte Schulsystem Thüringens bietet die Grundlage für eine gute Schule. Wenn es richtig ausgestaltet wird – leistungsorientiert und begabungsgerecht, mit mehr Freiraum für die einzelnen Schulen –, stellt es im bundesweiten Wettbewerb einen maßgeblichen Standortvorteil dar. Denn so wird den Ansprüchen der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung an eine exzellente grundlegende Qualifikation künftiger Fachkräfte ebenso Genüge getan wie den Ansprüchen der Hochschulen an studierfähige Abiturienten. Leistungseliten werden in auf Leistungsnivellierung abzielenden Schulsystemen in ihrer Entwicklung mehr gehemmt als gefördert. Deswegen vertritt die FDP-Fraktion eine Schulpolitik, die gerechte Bildungschancen für alle durch eine den individuellen Voraussetzungen entsprechende Beschulung garantiert.

Für die FDP-Fraktion gilt auch weiterhin der Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“. Thüringen ist zum überwiegenden Teil ländlich geprägt, gerade dort wollen wir den jungen Familien auch in Zukunft wohnortnahe Bildungsangebote zur Verfügung stellen. Wir wollen deshalb so viele Grundschulstandorte wie möglich erhalten. Schulverbünde mit verschiedenen Standorten und Kooperationen können dabei helfen, Standorte zu sichern und dennoch die Kosten zu begrenzen.

Schulhorte sind ein wichtiger Bestandteil eines Ganztagschulangebotes. Wo die Träger dies wünschen, sollen Verantwortung und Personal kommunalisiert werden. Die pädagogische Verzahnung zwischen Grundschule und Schulhort muss dabei erhalten bleiben. Unabhängig von der Trägerschaft müssen die Horte mit pädagogischem Fachpersonal ausgestattet werden, um dem Anspruch an eine ganztagsbasierte Grundschule gerecht zu werden.

Wir stehen für den Anspruch, dass alle Schüler in der Sekundarstufe I eine schulische Bildung erhalten, die einen problemlosen Einstieg in die berufliche Bildung gewährleistet. Hierzu werden frühzeitig Neigungen und Kompetenzen gefördert und fachliche Spezialisierungen angeboten. In enger Kooperation mit externen Partnern wie Unternehmen oder öffentlichen Verwaltungen werden bereits während der Schulzeit Berufsbilder vorgestellt, obligatorische Praktika durchgeführt und Vorbereitungsmaßnahmen für die erste Bewerbungsphase angeboten. Für die Schulausgangsphase werden bei Bedarf individuelle Abschlussklassen eingerichtet, welche dem individuellen Bedarf von Schülern mit erhöhtem Förderbedarf zur Erreichung eines Schulabschlusses gerecht werden.

Die Förderzentren im Freistaat müssen auch in Zukunft eine angemessene finanzielle Ausstattung erhalten, um eine echte Wahlfreiheit der Eltern zu gewährleisten. Da die Eltern ihr Kind am besten kennen, ist dies nicht zuletzt auch ein Gebot des Art. 7 der UN-Behindertenrechtskonvention, der das individuelle Kindeswohl in den Mittelpunkt stellt. Die Eltern sollen vor der Entscheidung über die Schulwahl Unterstützung durch eine umfassende Beratung erhalten, insbesondere durch

Sonderpädagogen und Mediziner. Die inklusive Beschulung schwerstbehinderter Kinder in Regelschulen und Gymnasien erfolgt immer unter Berücksichtigung der individuellen Fähigkeiten und Neigungen des Kindes sowie seines sonderpädagogischen Förderbedarfs. Die Schulen müssen dafür nach und nach entsprechend mit sonderpädagogisch aus- und weitergebildetem Lehr- und Hilfspersonal ausgestattet werden. Alle Thüringer Schulen müssen zudem den aktuellen Standards der Barrierefreiheit genügen, um Kindern mit Behinderung in Abhängigkeit ihrer kognitiven Leistungsfähigkeit grundsätzlich eine Beschulung in allen Schulformen zu ermöglichen. Das Recht auf eine integrative Beschulung von Kindern mit Behinderungen geht aus dem Recht auf eine inklusive Beschulung unter Berücksichtigung des individuellen Kindeswohls hervor und wird durch eine enge Kooperation der Förderzentren, der Regelschulen und Gymnasien sowie weiterer Schulformen gewährleistet.

Die Regelschule fasst in Thüringen die Haupt- und Realschulen zusammen. Sie ist die Schulart, über die seit zwanzig Jahren landesweit alle Schulabschlüsse erreichbar sind. Dieses Modell wird mittlerweile auch in den alten Ländern kopiert. Integrativ oder additiv organisiert sind die Bildungsgänge der Regelschule auf den Erwerb des Haupt- bzw. Realschulabschlusses ausgerichtet. Die Regelschule bereitet auf die Berufsausbildung im dualen System vor.

Über die Schulen der beruflichen Bildung eröffnet sie auch den Weg an die Hochschulen. Mit guten Noten, einer entsprechenden Empfehlung für den Bildungsweg oder einer Aufnahmeprüfung ist auch der Übertritt in die gymnasiale Oberstufe möglich. Die zukünftigen Fachar-

beiter in Industrie und Handwerk sowie das Personal in mittleren und technischen Führungspositionen erhalten an der Regelschule eine fundierte Allgemeinbildung. Mit ihrem an der beruflichen Praxis orientierten Profil ist sie darüber hinaus ein Angebot mit einem lebensnahen Bezug. Dies ist gerade auch für junge Leute, die Schwierigkeiten mit theoretischem Unterricht haben, besonders wichtig. Der Hauptschulabschluss darf deshalb auf keinen Fall entwertet oder gar abgeschafft werden.

Die Thüringer Gymnasien führen Schüler auf höchstem Niveau in acht Jahren zur Allgemeinen Hochschulreife. Die erfolgreiche Teilnahme an der obligatorischen „Besonderen Leistungsfeststellung“ am Ende des zehnten Schuljahres bescheinigt den Gymnasiasten zudem eine dem Realschulabschluss gleichwertige Bildung. Absolventen der Sekundarstufe II verfügen nach dem Besuch der Schule in Thüringen über die fundamentalen Befähigungen zum wissenschaftlichen Denken, zur theoretischen Abstraktion und Antizipation komplexer technischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge. Sie verfügen über die Fähigkeit, ein ihren Neigungen und Begabungen entsprechendes grundständiges Studium an einer Hochschule oder Berufsakademie in der Regelstudienzeit mit mindestens gutem Erfolg zu absolvieren.

Für die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte legt die schulische Bildung die entscheidenden Grundlagen. Es muss deshalb unser Anspruch sein, frühzeitig das Interesse für die Fächer aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) zu wecken, um eine ausgewogene Verteilung der verschiedenen Fachkompetenzen auf alle angehenden Fachkräfte zu befördern. Die Berufs- oder Studienwahl obliegt

dabei grundsätzlich der individuellen Entscheidung des Schulabsolventen.

Die Landesregierung muss in einem jährlich aktualisierten Personalentwicklungskonzept die Bedarfe in den Thüringer Schulen feststellen und danach entsprechende Einstellungskorridore einrichten. Der Lehrerberuf muss attraktiv ausgestaltet werden, um eine ausreichende Bewerberzahl zur Besetzung der vielen in den kommenden Jahren wieder zu besetzenden Stellen sicherzustellen und Versuchen anderer Bundesländer zu begegnen, Lehrer aus Thüringen abzuwerben. Referendariatsstellen müssen rechtzeitig und in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden, um den an unseren Hochschulen ausgebildeten Lehramtsanwärtern eine realistische Perspektive im Thüringer Schuldienst anzubieten. Das Land muss auch Anstrengungen unternehmen, für freie Lehrerstellen, die nicht mit Absolventen aus den Thüringer Hochschulen besetzt werden können, durch gezielte Werbemaßnahmen außerhalb Thüringens geeignetes Personal zu finden.

Durch die konsequente Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes wird dem Lehrermangel an den Thüringer Schulen wirksam begegnet. Zugleich wird der zukünftige Bedarf in der jeweilig zu besetzenden Fachrichtung und die zu erwartende Anzahl zu besetzender Stellen langfristig planbar, sodass Schulen und Lehramtsanwärter gleichermaßen Klarheit über die künftige Personalentwicklung erlangen können. Nur so können die Thüringer Schulen den an sie gerichteten qualitativen und quantitativen Ansprüchen gerecht werden. Schüler, Eltern und Lehrer müssen gleichermaßen Klarheit über Art und Form der Unterrichtsangebote haben. Durch Personalmangel bedingte Provisorien dürfen nicht zum

Regelfall im Schul- und Lernalltag werden. Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag steht daher für eine konsequente, am Bildungserfolg orientierte Personalpolitik im Thüringer Schulwesen.

III. Berufliche Bildung

Der Fachkräftebedarf der Thüringer Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen wird in den kommenden Jahren nur mit großen Anstrengungen gedeckt werden können. Die FDP-Fraktion setzt sich dafür ein, dass das Thüringer Schulsystem ausbildungsfähige und ausbildungswillige Absolventen in die berufliche Bildung entlässt. Die jungen Menschen sollen sich ihrer gesellschaftlichen und ihrer Verantwortung für sich selbst genauso bewusst sein wie ihren Entwicklungsmöglichkeiten und Zukunftschancen. Sie müssen zudem in der Lage sein, diese Chancen auch zu nutzen.

Viele Bildungsgänge, die im Ausland an den Hochschulen absolviert werden, werden in Deutschland auf mindestens gleichem Niveau im dualen System vermittelt. Der schulische Teil beruflicher Bildung findet hier in den berufsbildenden Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft statt. In den Betrieben der Wirtschaft und ähnlichen Einrichtungen etwa des öffentlichen Dienstes oder von Freiberuflern wird der betriebliche Teil der Ausbildung absolviert. Mit Betrieb und Schule als zentralen Lernorten bietet das duale System somit hervorragende Bedingungen zur Qualifikation des Fachkräftenachwuchses. Dies sorgt für eine nicht nur im europäischen Vergleich ausgesprochen niedrige Jugendarbeitslosigkeit und findet mittlerweile weltweit Nachahmer. Die FDP-Fraktion bekennt sich daher ausdrücklich zum

System der dualen Berufsausbildung. Es sichert die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und den Wohlstand der gesamten Bundesrepublik.

Die FDP-Fraktion tritt dafür ein, dass auch in Thüringen im Regelfall die Berufsausbildung im dualen System erfolgt. So ist eine hervorragende praxisnahe Ausbildung der zukünftigen Fachkräfte gewährleistet. Pädagogen, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen vermitteln Hand in Hand und zielgerichtet Kompetenzen. Überbetriebliche Ausbildungen ergänzen das System der dualen Ausbildung. Sie stellen insbesondere die Qualifizierung von Fachkräften sicher, deren zu erwartender Bedarf durch die Ausbildung in den Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen nicht abgedeckt werden kann, und erhöhen die Vielfalt des Angebotes an beruflicher Qualifizierung. Sie übernehmen zudem die Funktion, einem erhöhten Förderbedarf bei beruflich Auszubildenden zu entsprechen und auf die Aufnahme einer qualifizierten Berufstätigkeit vorzubereiten.

Die berufsbildenden Schulen brauchen zur Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben verlässliche Rahmenbedingungen. Die FDP-Fraktion fordert daher insbesondere eine auskömmliche Mittelausstattung, um eine hervorragende Unterrichtsqualität bieten zu können. Zudem muss die Landesregierung dem Mangel an Lehrkräften rechtzeitig begegnen, um Unterrichtsausfall oder fachfremd vertretenen Berufsschulunterricht auf ein Minimum zu begrenzen. Zusätzlich zur akademischen Ausbildung von Berufsschullehrern an den Thüringer Hochschulen muss für Quereinsteiger und Praktiker aus der Wirtschaft der Zugang für eine Qualifizierung zum Berufsschullehrer erleichtert werden. Die Tätigkeit des Berufs-

schullehrers muss erheblich an Attraktivität gewinnen, um auch in Zukunft ausreichend qualifiziertes und motiviertes Lehrpersonal für die berufsbildenden Schulen zu gewinnen.

Die Ausbildungsinhalte müssen mit der Entwicklung sich stetig modernisierender Wirtschaftsunternehmen Schritt halten und regelmäßig angepasst werden. Neue und modernisierte Berufe müssen in den Bildungsgängen zügig berücksichtigt werden. Die Innovationsfähigkeit der Unternehmen wird so nicht durch die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses mit veralteten Inhalten gehemmt.

Die Schulen der beruflichen Bildung sollen wie die allgemeinbildenden Schulen in eigener Verantwortung auf Grundlage der Lehrerstundenzuweisung über die Bildung von Klassen entscheiden.



IV. Tertiäre Bildung

Die Thüringer Hochschulen haben sich seit 1990 zu deutschlandweit und international anerkannten, teils hochgradig spezialisierten und für Studierende attraktiven akademischen Forschungs- und Lehreinrichtungen entwickelt. Nie zuvor waren so viele Studierende an den Hochschulen in Thüringen eingeschrieben wie heute. Ein Großteil davon kommt aus anderen Bundesländern zum Studieren nach Thüringen. Die finanzielle Ausstattung für die neun staatlichen Hochschulen ist gleichzeitig jedoch nicht entsprechend linear angestiegen. Eine Beliebigkeit bei der Finanzierung der Hochschulen wollen wir mittelfristig und langfristig ausschließen. Dazu muss eine gesicherte, nicht an den Legislaturperioden des Landtages orientierte, grundlegende Hochschulentwicklungsplanung unter der Berücksichtigung anderer staatlicher und nicht-staatlicher Forschungseinrichtungen verbindlich erstellt werden.

Nur so können sich die Thüringer Hochschulen, die sich im gesamtdeutschen Wettbewerb erst relativ kurze Zeit messen konnten, dauerhaft im Wissenschaftsbetrieb der Bundesrepublik etablieren, spezialisieren und entsprechend dem individuellen Hochschulprofil qualitativ und gegebenenfalls quantitativ expandieren. Das Abschneiden der hiesigen Hochschulen in den bisherigen Runden der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder hat gezeigt, dass Thüringen noch Nachholbedarf hat. Die Erstellung einer Strategie zur Hochschulentwicklungsplanung ist eine originäre Aufgabe der Landesregierung, die sie gemäß Thüringer Hochschulgesetz obligatorisch wahrnehmen muss.

Die finanzielle Ausstattung der Thüringer Hochschulen muss sich an der mittel- und langfristig verbindlichen

Hochschulentwicklungsplanung orientieren und wird in Rahmenvereinbarungen als Verhandlungsergebnis zwischen den staatlichen Hochschulen und der Landesregierung fixiert. Neben einer auskömmlichen Finanzierung garantiert dies die Möglichkeit zur weiteren Profilbildung und Spezialisierung. Ein zur Regelung der Vergabe der finanziellen Mittel an die staatlichen Thüringer Hochschulen erstelltes Verteilungsmodell muss sich vor allem an Qualitätskriterien orientieren, aber auch individuelle Besonderheiten der Hochschulstandorte berücksichtigen.

Über Ziel- und Leistungsvereinbarungen, die ein verbindliches Verhandlungsergebnis der jeweiligen Hochschule mit der Landesregierung darstellen, werden die zu erreichenden kurz- bis mittelfristigen Entwicklungen geregelt. Sie müssen im Anschluss obligatorisch evaluiert werden.

Die FDP-Fraktion fordert, dass das Land über ein Wissenschafts- und Forschungsfreiheitsgesetz die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit von Forschung und Lehre auch möglichst umfassend umsetzt. Eine über die Hochschulentwicklungsplanung, die Rahmenvereinbarung und die Ziel- und Leistungsvereinbarung hinausgehende Einflussnahme der Landesregierung auf die Thüringer Hochschulen muss vermieden werden. Den Hochschulen sollen weitgehende Freiheiten bei der Regelung dienstrechtlicher und verwaltungstechnischer Angelegenheiten eingeräumt werden. Ihr innerer Aufbau orientiert sich an den Regelungen des Thüringer Hochschulgesetzes und gewährleistet die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten aller ihrer Mitglieder. Die Hochschulen sollen zudem in die Lage versetzt werden, in eigenem Ermessen die Verantwortlichkeit der

Studentinnen und Studenten für die Entwicklung ihres Hochschulstandortes zu erhöhen. Dies kann beispielsweise die Mitbestimmung über die Ausgestaltung der Gebühren- und Benutzungsordnungen beinhalten.

Für die dauerhafte Attraktivität Thüringens als Hochschulstandort muss das Land exzellente Rahmenbedingungen für den Zuzug von Wissenschaftlern und Studierenden garantieren. Zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlern muss das Stipendiensystem des Landes für Promovierende und Post-Doktoranden (Postdocs) ausgebaut werden. Die Vergabe soll sich ausschließlich an Qualitätskriterien orientieren. Das Land muss deutlich mehr als bisher das nationale Stipendienprogramm fördern und die Thüringer Hochschulen maßgeblich bei der Einwerbung der Deutschlandstipendien unterstützen. Kurzfristiges Ziel muss es sein, dass alle in Thüringen abrufbaren Deutschlandstipendien vergeben werden. Nur so besteht – gemeinsam mit den Leistungen nach dem BAföG und dem Studienkreditprogramm – ein umfassendes System der Studienfinanzierung, welches sich an sozialen Kriterien orientiert und Qualitätsanforderungen angemessen berücksichtigt. Zur Förderung einer Stipendienkultur im Freistaat Thüringen müssen die zivilgesellschaftlichen Angebote der Stiftungen und des Deutschlandstipendiums durch die Neueinrichtung bzw. Ausweitung entsprechender Landesprogramme ergänzt werden. Die Zahl der nach Qualitätskriterien geförderten Stipendiaten muss sukzessive ansteigen, um Spitzenleistungen und Exzellenz an den Thüringer Hochschulen angemessen zu fördern. Die FDP-Fraktion begrüßt nachdrücklich die Gründung privater Hochschulen in Thüringen. Eine weitere Ausdifferenzierung im Bereich der akademischen Forschung und Lehre, wie sie durch hochgradig spe-

zialisierte private Hochschulen entstanden ist, stellt für den Freistaat einen erheblichen Zugewinn an Attraktivität als Studienstandort zur Ausbildung wirtschaftsnaher Kompetenzen dar. Als zivilgesellschaftlich angetriebener Motor für Innovation und Exzellenz liegt ihr weiterer Ausbau im Interesse des Freistaates Thüringen. Die Entwicklung der bestehenden privaten Hochschulen muss ebenso wie entsprechende Neugründungen ein Kernanliegen der Arbeit der Landesregierung sein. Gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Wirtschaft müssen Konzepte zur Förderung derartiger Projekte ausgearbeitet und umgesetzt werden. Die Integration der privaten Hochschulen in den infrastrukturellen und sozialen Kontext am Hochschulstandort muss der Freistaat Thüringen bei Bedarf unterstützen.

Die Staatliche Studienakademie Thüringen mit den Berufsakademien in Gera und Eisenach übernimmt im Bereich der tertiären Bildung die wichtige Aufgabe, ein duales Studiensystem zur vornehmlich praxisnahen akademischen Ausbildung auf höchstem Niveau und dauerhaft zu etablieren. Perspektivisch muss sich die Studienakademie zu einer dualen Hochschule entwickeln können, um dem wachsenden Bedarf an Absolventen konsekutiver Studiengänge mit besonderer Praxisnähe zu entsprechen. Zugleich muss der Sonderstatus außerhalb des Geltungsbereiches des Hochschulgesetzes erhalten bleiben, um den besonderen Charakter der Ausbildung an einer der Berufsakademien in Thüringen weiterhin zu gewährleisten.

Die FDP-Fraktion steht daher für ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges System tertiärer Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten. Ein Höchstmaß an Exzellenz

und Innovationsfähigkeit unserer akademischen Lehr- und Forschungseinrichtungen ist Anspruch liberaler Bildungspolitik und Kernanliegen der Fraktionsarbeit.

V. Lebenslanges Lernen

Moderne Erwerbsbiografien zeichnen sich durch lebensbegleitende Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen aus. Auch ältere Erwachsene haben ein Anrecht auf Qualifizierungsmaßnahmen, um auf dem Arbeitsmarkt während ihrer gesamten Lebensarbeitszeit attraktive Angebote wahrnehmen zu können. Zugleich benötigen die Wirtschaft und die öffentliche Verwaltung stetig nach- und weiterqualifizierte Arbeitnehmer, um die hohe Qualität ihrer Produkte und Dienstleistungen dauerhaft aufrecht erhalten zu können. Das Land steht damit gemeinsam mit der Thüringer Wirtschaft in der Verantwortung, lebens- und berufsbegleitendes Lernen als wichtigen Baustein individueller, aber auch wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung anzuerkennen und zu fördern. Die Unternehmen profitieren von vielseitig gebildeten Arbeitnehmern. Weiterbildungen sind für sie deshalb auch dann wertvoll, wenn sie nicht unmittelbar betrieblichen Zwecken, sondern der Allgemeinbildung dienen. Den Volkshochschulen, Hochschulen und zivilgesellschaftlichen Akteuren kommt dabei die zentrale Aufgabe zu, nachfragegerechte und attraktive Bildungsangebote für Berufstätige zu etablieren. Ebenso müssen Menschen im aktiven Ruhestand die Möglichkeit zur Wahrnehmung von Bildungsangeboten haben. Das Engagement aktiver älterer Erwachsener außerhalb des Berufslebens ist ein Garant für das auskömmliche Miteinander der Generationen und wichtiger Bestand-

teil der geleisteten zivilgesellschaftlichen Arbeit. Aus diesem Grund gilt den Angeboten des lebenslangen Lernens eine besondere Aufmerksamkeit. Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag erkennt in der Vielfalt der aufzulegenden bedarfsgerechten Bildungsangebote die Erfordernis eines umfassenden Erwachsenenbildungskonzeptes des Landes. Dieses Konzept muss neben auf die konkreten Lebensphasen und individuellen Voraussetzungen ausgerichteten Angeboten vor allem auf die Nutzung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und persönlichen Wachstumspotenziale von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen abzielen. Die Umsetzung liberaler Bildungspolitik bedeutet, dass alle Lebenschancen in jeder Lebensphase eigenverantwortlich wahrgenommen werden können. Aktives lebenslanges Lernen ist der Schlüssel hierzu. Seine Ausgestaltung ist ein vorrangiges Ziel der Arbeit der Thüringer FDP-Fraktion.



Zusammenfassung

1. Im Mittelpunkt des Bildungssystems steht die Eigenverantwortung des Einzelnen und der Familien. Aufgabe des Staates ist es, Bildungsangebote vorzuhalten, vor allem aber, günstige Rahmenbedingungen für Angebote anderer Träger zu schaffen.
2. Mit der Stärkung der frühkindlichen Bildung wird nicht nur der Grundstein für eine erfolgreiche Bildungskarriere gelegt, sondern auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet. Die Angebote müssen sich an den Bedürfnissen der Familien orientieren.
3. Die Erziehungsverantwortung liegt zuallererst bei den Eltern. Sie sollen zum Wohl des Kindes selbst darüber entscheiden, welche öffentlichen Angebote an frühkindlicher Betreuung und Bildung sie annehmen und in welchem Umfang.
4. Frühkindliche Bildung funktioniert am besten, wenn das Personal selbst pädagogisch gebildet wurde. Obligatorische Weiterbildungen sowie Studienangebote an den Hochschulen bieten die beste Voraussetzung dafür.
5. Es gibt keine Einheitsschüler, deshalb brauchen wir auch keine Einheitsschule. Wir stehen deshalb für den Erhalt des begabungsgerechten, gegliederten Schulsystems.
6. Mehr Eigenverantwortung für die Schulen statt bildungspolitischer Experimente des Ministeriums. Die Schulen und ihre Lehrer kennen die Bedürfnisse ihrer Schüler am besten, sie sollen selbst entscheiden können, was pädagogisch richtig ist. Ideologisch begründete Reformen vom grünen Tisch lehnen wir ab.
7. Leistung und Anstrengung müssen auch in Zukunft an den Thüringer Schulen belohnt werden können. Wir stehen deshalb Bestrebungen, Schulnoten und Versetzungsentscheidungen abzuschaffen, kritisch gegenüber.
8. Freie Schulen sind eine Bereicherung für das Schulsystem insgesamt. Wir setzen uns deshalb für deren auskömmliche und mit den staatlichen Schulen vergleichbare Finanzierung ein.
9. Der Erhalt der Förderschulen und die Möglichkeit der inklusiven Beschulung sind ein Gebot der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir wollen das Kindeswohl in den Mittelpunkt rücken und streben deshalb ein echtes freies Schulwahlrecht für Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an.
10. Frühzeitige Berufsorientierung in der Schule bietet den Schülern eine Perspektive. Viele Schüler tun sich mit theoretischem Unterricht schwer, häufig geht damit sogar Schulverweigerung einher. Die Verbindung von Schule und Wirtschaft gibt den Jugendlichen Orientierung durch Einblick in die Arbeitswelt und die praktische Relevanz der Unterrichtsinhalte.
11. Das duale System der Berufsausbildung ist ein Erfolgsmodell, das unbedingt erhalten werden muss. Die Schulen der beruflichen Bildung brauchen dafür eine gute Personalausstattung und sollen in Zukunft eigenverantwortlich über die Bildung von Klassen entscheiden können.
12. Hochschulen brauchen Planungssicherheit. Wir brauchen auch zukünftig eine strategische Hochschul-

entwicklungsplanung, die die Ansprüche des Landes deutlich macht und gleichzeitig eine entsprechend auskömmliche Finanzierung sicherstellt.

13. Die Thüringer Hochschul- und Forschungslandschaft braucht ein Wissenschaftsfreiheitsgesetz. Wir wollen, dass Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei Personal und Finanzen die Möglichkeit bekommen, in eigener Verantwortung zu entscheiden, wie sie die mit dem Land vereinbarten Ziele am besten umsetzen.

14. Stipendienprogramme bieten gute Voraussetzungen für exzellenten wissenschaftlichen Nachwuchs. Ein gut

ausgebautes und auf Qualitätskriterien aufgebautes Stipendiensystem gibt hervorragenden Studierenden und jungen Forschern die Möglichkeit, sich unabhängig vom Einkommen der Eltern auf ihre wissenschaftliche Arbeit zu konzentrieren. So kann Thüringen frühzeitig um die Spitzenforscher der Zukunft werben.

15. Lebenslanges Lernen nützt allen – den Lernenden, der Wirtschaft und der Gesellschaft! Wir wollen ein System nachfragegerechter und attraktiver Bildungsangebote für Berufstätige und Rentner in Thüringen etablieren.



www.schule-fuers-leben.de

"ALLE SAGEN, WENN ICH MAL WAS
WERDEN WILL, BRAUCHE ICH GUTE
NOTEN. DIE MÖCHTE ICH AUCH IN
ZUKUNFT BEKOMMEN."

Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag
will eine Schule, die fördert und
fordert, auf Experimente an
unseren Schülern verzichtet und
Leistungen mit Noten belohnt.



Fraktion im Thüringer Landtag







Impressum:

Die FDP im Thüringer Landtag
Libérale Bildungspolitik für Thüringen

Herausgeber: FDP-Fraktion im Thüringer Landtag
Uwe Barth | Fraktionsvorsitzender
Jürgen-Fuchs-Straße 1 | 99096 Erfurt
Telefon +49 (0)361 377 2700 | Fax +49 (0)361 377 2705
info@fdp-lt.thueringen.de | www.thl-fdp.de

Redaktionelle Verantwortung: Jens Panse, Pressesprecher

Textbeiträge: Achim Kertscher, Referent für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Fotos: Andreas Hultsch, Jens Panse, Gordon Schmidt

Layout/Herstellung: OSCAR F sehenswerte Kommunikation